

Sie vertreten mehr als 100.000 Tiroler

Immer mehr Tiroler können sich keine Wohnung, keinen Urlaub oder keine neue Kleidung leisten. Das „Bündnis gegen Armut und Wohnungsnot“ fordert vom Bund bzw. der nächsten Regierung Maßnahmen.

Von Matthias Christler

Innsbruck – Bei viel mehr Menschen, als man vermuten würde, stellt sich im Moment nicht die Frage, wann mit dem Heizen der Wohnung begonnen werden soll, sondern ob

es sich in diesem Winter überhaupt ausgeht. Laut der aktuellen EU-Statistik zu Einkommen und Lebensbedingungen von Privathaushalten in Europa (EU-SILC 2021–2023) gelten in Tirol 112.000 Menschen als von Armut betroffen oder

gefährdet – das ist schon fast jeder Sechste. Für mehr als 100.000 geht sich heuer kein Urlaub aus. Und 27.000 in Tirol lebende Menschen können es auch nicht leisten, alte Kleidung zu ersetzen. Vor wenigen Tagen hieß es von der

Armutskonferenz, dass man den Menschen, die im Wahlkampf kaum eine Rolle spielen, eine Stimme geben wolle. Die Armutskonferenz ist auch Teil des „Bündnisses gegen Armut und Wohnungsnot“, zu dem mehr als 300 Tiroler und

nationale Einrichtungen, Institutionen und Dachverbände u. a. aus den Bereichen Soziales, Arbeit und Gesundheit gehören. Gemeinsam vertritt man die Anliegen von inzwischen mehr als 100.000 Tirolern. Vier Einrichtungen und

deren Sprecher haben zwei Wochen vor der Wahl stellvertretend für das Bündnis die dringendsten Probleme der von Armut betroffenen Menschen in Tirol aufgezeigt – und stellen auch konkrete Forderungen an den Bund.

„Kinderbetreuung ist ein Lotteriespiel“

Julia Schratz von lila wohnt, einem Verein, der u. a. Frauen bei Wohnungsnot hilft, berichtet von einer Klientin mit zwei Kindern, die bei ihrer Mutter einziehen musste. Andere Frauen würden nur aus finanzieller Not in einer Beziehung bleiben. In Schottland gebe es einen „Fund to Leave“, also Gelder, damit Frauen sich eine Neuanmietung leisten können. Eine andere berufstätige Mutter musste für die Sommerbetreuung ihrer beiden



Kinder 630 Euro zahlen. „Das geht sich alles nicht mehr aus mit den Kosten.“ Oft sei es in Tirol ein Lotteriespiel, wo man wohnt und wie viel die Betreuung kostet. Es bräuchte bundesweite Richtlinien. Das Gleiche verlangt sie beim gemeinnützigen Wohnbau. „Zu viel Entscheidungskompetenz liegt bei den Gemeinden.“ Der Bund müsse dem „Raubbau an der Allgemeinheit“ einen Riegel vorschieben.



„Oft wird nur die billige Lösung gesucht“

Eigentlich sei egal, die nächste Regierung aussieht, sagt **Michael Hennermann** vom Verein für Obdachlose. „Die Herausforderungen bleiben die gleichen. Oft wird aber nur die billige Lösung gesucht oder reine Klientelpolitik gemacht.“ Beim Thema Zuwanderung müsste man umdenken. „Statt der Missstrauensdebatte über geflüchtete Menschen könnte man debattieren, wie sie der Gesellschaft hel-



fen, zum Beispiel am Arbeitsmarkt.“ Beim Thema Wohnen seien die 700.000 Menschen, die jede Nacht in der EU auf der Straße schlafen, nur das sichtbarste Bild der Wohnungsnot. „In Tirol steht relativ wenig Fläche zur Verfügung, die als Wohnraum geeignet ist. Den Raum müssen wir gut nutzen. Die Zeiten, dass jeder sein Eigentum hat, möglichst ein Einfamilienhaus, sind vorbei. Das geht sich für die meisten nicht mehr aus.“

„Entwicklung braucht sicheren Wohnraum“

In Österreich ist die Entwicklung eines Kindes „abhängig von der Geldtasche der Eltern“. Das sagt **Wilfrid Pleger** als Vertreter der Lebenshilfe Tirol. Bei Kindern mit Beeinträchtigung komme dazu, dass „ein zweites Einkommen fehlt, wenn ein Elternteil daheim bleiben muss. Und schon geht die Schere immer weiter auseinander.“ Und am Ende bangt man um die Wohnung. „Aber Entwicklung und Bildung brauchen einen sicheren



Wohnraum. Fehlt dafür das Geld, reicht es woanders erst recht nicht. Dann fällt eine psychische Beeinträchtigung unter den Tisch, eine Lernschwäche kann nicht bearbeitet werden...“ Noch hat Tirol Pleger zufolge ein tolles System in der Arbeitsassistenz, im Therapiebereich habe sich in den letzten 30 Jahren auch sehr viel getan. „Aber allem Anschein nach werden wir einiges von dem nicht aufrechterhalten können.“

Bündnis gegen Armut & Wohnungsnot

Aus der Not entstanden. Vor sechs Jahren sollte mit der Novellierung der Mindestsicherung in Tirol eine Wohnkostenverordnung eingeführt werden, die für von Armut betroffene Menschen massive Verschlechterungen bedeutet hätte. Daraufhin schloss sich das „Bündnis gegen Armut und Wohnungsnot“ zusammen, weil die Klienten vieler Institutionen betroffen waren. Gemeinsam wurde bei der Politik eine Entschärfung erwirkt. Infos unter: www.buendnis-tirol.at

„Förderungen wie mit der Gießkanne“

Thomas Wegmayr vom Roten Kreuz Tirol verweist auf positive Beispiele, bei denen Geld zielgerichtet investiert wird. „Wir betreiben zwei Einrichtungen für geflüchtete Jugendliche und das Problem war, wenn sie bei uns mit 18 gehen müssten, dass sie ohne Geld und noch ohne Job keine Wohnung bekommen haben.“ Man habe vom Land schließlich fünf Jahre lang Finanzmittel für so genannte „Start-Wohnungen“ erhalten. Inzwi-



schen wurde das ausgeweitet und bietet nicht nur geflüchteten, sondern auch Jugendlichen aus anderen Wohnheimen Starthilfe ins Erwachsenenleben. Das Geld sei gut investiert, so Wegmayr. Das kann er nicht vom Klimabonus sagen. „Dass ich mit einem Geschäftsführer-Gehalt hier auch 250 Euro bekomme, finde ich eigentlich eine Frechheit.“ In Österreich würden viel zu oft mit der Gießkanne Förderungen verteilt.

„Ratenkäufe sind die Schuldenfalle Nummer eins“

Acht Prozent der Überschuldeten in Tirol sind jünger als 26 Jahre. Die Schuldenberatung gibt Tipps und hilft.

Von Melina Mitternöckler

Innsbruck – Streaming-Abos, Handy-Vertrag und Möbelkauf auf Raten: Das kann zur Schuldenfalle werden – auch für junge Erwachsene und Jugendliche. Vor allem, wenn viele Rechnungen zusammenkommen oder das Einkommen gering ist. Wenn jemand bei Thomas Pachl in der Schuldenberatung anruft, wird erst einmal geklärt, wie hoch die Schulden sind und wie viele Gläubiger es gibt. „Vom ersten Anruf bei uns bis zur Schuldenfreiheit vergehen im Durchschnitt vier Jahre“, weiß Pachl. Der Groß-

Die Leute sehen nur das Auto und unterschreiben Verträge, die man eigentlich nicht unterschreiben sollte.“

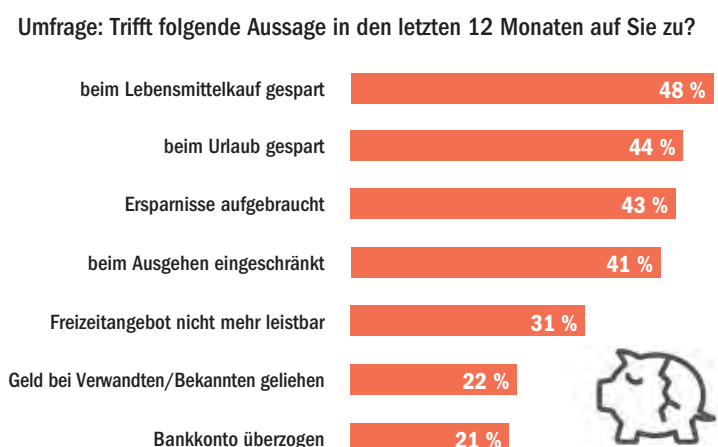
Thomas Pachl (Schuldenberatung Tirol)

teil der etwa 3500 Klienten, die pro Jahr beraten werden, ist zwischen 26 und 35 Jahre alt. In acht Prozent der Fälle trifft es junge Erwachsene bis 25 Jahre. „Ratenkäufe sind die Schuldenfalle Nummer 1“, so Pachl. Dabei seien nicht die Raten beziehungsweise das Konsumverhalten per se das Problem. Vielmehr würden

Rechnungen eine Schwierigkeit darstellen, wenn man auf einmal weniger Geld hat, viele Zahlungsaufforderungen zusammenkommen oder ein Kind geboren wird. Ziehen junge Leute in ihre erste Mietwohnung, müssen sie Möbel und Elektrogeräte anschaffen. „Wenn das Ersparnis für die Kautions- und Ähnliches aufgebraucht wurde, überziehen sie das Konto oder kaufen die Einrichtung auf Raten“, so Pachl. Manchmal sei das der Weg in den Strudel der Überschuldung. Nebenschauplätze stellten Abonnements dar, etwa Netflix-, Spotify- oder Fitness-

studio-Abos: „Wenn ich mir die kleinen Leistungen vertraglich hole, sind es gleich einmal 150 Euro Zusatzkosten. Die können, wenn es mal nicht gut läuft, zum Problem werden“, mahnt der Schuldenberater. Manchmal sind die Augen und Zinsen größer als das Budget, etwa beim Autokauf. „Die Leute sehen nur das Auto und unterschreiben Verträge, die man eigentlich nicht unterschreiben sollte.“ Pachl fordert Finanzbildung in den Lehrplänen und rät zu Vorsicht bei Verträgen und Abos. Wenn man bereits überschuldet ist, hilft die Schuldenberatung kostenlos.

So mussten die 16- bis 29-Jährigen sparen



Quelle: AK-Befragung 2024 von 1200 Österreicherinnen zwischen 16 und 29 Jahren; Grafik: Tiroler Tageszeitung